

Klimaerwärmung ist ein hohes Verlustrisiko

Kosten der CO₂-Emissionen: Anlagefonds und Pensionskassen stark exponiert

VON ROGER SCHRANZ

Wer an den globalen Finanzmärkten Geld anlegt, geht mannigfaltige Risiken ein. Eines davon wird in der Schweiz von den meisten Investoren bisher weder erkannt noch kontrolliert: Das künftige Verlustrisiko von Investitionen in Unternehmen, die hohe Emissionen des klimaerwärmenden Treibhausgases Kohlenstoffdioxid (CO₂) verursachen oder fossile Energien fördern und damit handeln. Das ist ein Befund des Berichts «Kohlenstoffrisiken für den Finanzplatz Schweiz», der im Vorfeld der vom 30. November bis 11. Dezember stattfindenden «UN-Klimakonferenz Paris» vom Bundesamt für Umwelt (www.bafu.admin.ch) veröffentlicht worden ist.

Es geht um Milliarden

Im Bericht wird anhand von Berechnungsbeispielen aufgezeigt, dass die Investoren auf dem Finanzplatz Schweiz derzeit milliardenschwere CO₂-Verlustrisiken in den Portfolios haben. So sind von der Schweiz aus allein über sechs Milliarden Franken in den fünf führenden globalen Öl- und Gasunternehmen Shell, Exxon, Chevron, BP und Total investiert. Falls mit der Bekämpfung der Klimaerwärmung eines Tages wirklich Ernst gemacht würde, könnten diese Positionen laut den Studienautoren einen Wertverlust von 40 oder mehr Prozent erleiden.

Für den gesamten Aktienfondsmarkt der Schweiz werden je nach dem Szenario der kommenden Klimaschutzpolitik CO₂-Risiken von jährlich einer bis

zu 6,75 Milliarden Franken errechnet. Das würde die erwartete Jahresrendite im Worst-Case-Szenario um rund 40 Prozent schmälern.

Zu den grossen Leidtragenden könnten ohne Gegenmassnahmen auch die Pensionskassen und deren Versicherte zählen. «Angenommen, die Versicherten müssten die Klimakosten ihrer in Aktien angelegten Altersvorsorge tragen, würden sich die durchschnittlichen Renten um zwei bis vier Prozent schmälern, sofern sich die CO₂-Intensität der Anlagen der Pensionskassen nicht ändert», ist im Bericht wörtlich zu lesen. Den Anschlussunternehmen von Pensionskassen und den Versicherten wird daher geraten, «ihre» Kasse zu klimafreundlicheren Investitionen zu drängen.

Alle sind gefordert

Den Investoren wird dringlich empfohlen, die Klimarisiken ihrer Kapitalanlagen systematisch zu messen und diese entsprechenden Stresstests zu unterziehen. Dafür müssen in erster Linie die institutionellen Finanzplatzakteure die notwendigen Analysekapazitäten rund um den Klimawandel aufbauen. Zudem sollten sie sich der internationalen Initiative zur Offenlegung des CO₂-Fussabdrucks der Investitionen «Montreal Carbon Pledge» (www.montrealpledge.org) anschliessen.

Gefordert sind aber auch die privaten Anlegerinnen und Anleger. Sie können sich bei Suchmaschinen für nachhaltiges Geldanlegen wie der Website

www.nachhaltiges-investment.org informieren, welch breites Angebot es für das umweltbewusste Geldanlegen gibt. Im Kampf gegen die Klimaerwärmung wurden beispielsweise spezielle «Low Carbon Indices» für eine nachhaltige passive Investmentstrategie entwickelt.

Wer direkt Aktien von Unternehmen hält, kann allenfalls bei der Wahrnehmung des Stimmrechts und durch Fragen an der Generalversammlung dazu beitragen, das Bewusstsein für das Emissionsproblem zu stärken und damit dem notwendigen Handeln Vor-schub zu leisten.

Es tut sich was

Auf dem Finanzplatz Schweiz ist man nicht untätig. Bereits gehören über 80 massgebende Finanzdienstleister, institutionelle Investoren und Hochschulen dem 2014 gegründeten Verein «Swiss Sustainable Finance» (www.sustainablefinance.ch) an. Dessen Ziel ist es, den Schweizer Finanzplatz zu einem international führenden Zentrum für nachhaltige Finanzen zu machen. «Immer mehr Anlegerinnen und Anleger fordern explizit eine langfristige und nachhaltige Sichtweise bei der Geldanlage», steht in der Medienmitteilung «Mit Swiss Sustainable Finance gemeinsam an die Spitze». Deshalb müsse das Angebot diesen Kundenwünschen bestmöglich entgegenkommen.

RATGEBER IHR GELD



Roger Schranz ist Leiter Anlageberatung Raiffeisenbank Aarau-Lenzburg. In Zusammenarbeit mit dem IFFP Institut für Finanzplanung (www.iffp.ch)



Hauptausgabe

Zentralschweiz am Sonntag
6002 Luzern
041/ 429 51 51
www.luzernerzeitung.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 83'769
Erscheinungsweise: wöchentlich

Themen-Nr.: 999.217
Abo-Nr.: 1095889
Seite: 11
Fläche: 104'238 mm²

Umwelt / Klima / Luft

Bedrohliche Kohlenstoff-Blase



Sonnenaufgang über einem Kohlekraftwerk in Billings, der grössten Stadt im US-Bundesstaat Montana.
Keystone/Larry Mayer

KLIMA Der bevorstehende Klimagipfel in Paris weckt Hoffnungen bei Umweltschützern und Ängste unter Investoren. Es könnte eine neue Blase platzen.

DANIEL ZULAUF
wirtschaft@luzernerzeitung.ch

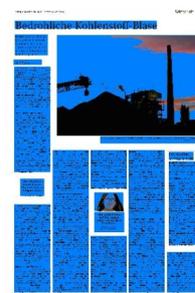
Die Bernerin Payal Parekh erlebt zurzeit viele kleinere und immer wieder auch grössere Siege. Viel zu jubeln gab

es erst gerade am Freitag, als US-Präsident Barack Obama sein Veto gegen den Bau der Erdölpipeline Keystone XL einlegte. Die Pipeline hätte das aus den kanadischen Ölsandfeldern gewonnene Schwarze Gold über 4000 Kilometer von Alberta bis Oklahoma und später sogar bis hinunter zum Golf von Mexiko leiten sollen. Umweltaktivisten liefen während Jahren Sturm gegen das Projekt. Umso grösser war Parekhs Freude, dass Obama sein Veto nun mit den negativen Folgen für das Klima begründet - «ein historischer Moment für den

Umwelt- und Klimaschutz», sagt sie.

Gegen die Klimaerwärmung

Der Klimaschutz ist ein globales und teilweise virtuelles Spielfeld. Mittendrin steht auch Parekh, obschon die Gravitationszentren des internationalen Umweltaktivismus fernab von der Schweiz und ihrer Hauptstadt liegen. Die gelernte Meereskundlerin, dekoriert mit einem Dokortitel des renommierten Massachusetts Institute of Technology, lenkt ehrenamtlich die internationalen Aktivitäten



der amerikanischen NGO 350.org.

Der Name der Organisation ist gleichbedeutend mit ihrem Programm: Von einer Million Molekülen in der Atmosphäre sollten den aktuellen Erkenntnissen der Wissenschaft zufolge nicht mehr als 350 aus Kohlenstoffdioxid bestehen – sonst droht das Klima längerfristig ausser Kontrolle zu geraten. Diesbezüglich ist die Welt schon vor geraumer Zeit aus dem Gleichgewicht geraten. Inzwischen gibt es kaum ein Land und kaum eine Regierung mehr, welche die weltweite Klimaerwärmung nicht als Problem anerkennen würde.

«Die CO₂-Risiken könnten grosse Auswirkungen auf Anlagen haben.»

STEFAN BEINER,
ANLAGECHEF PUBLICA

An der grossen UNO-Klimakonferenz von Anfang Dezember in Paris soll erstmals ein für alle Länder geltendes Regime gegen die Klimaerwärmung beschlossen werden. Nach aktuellen Hochrechnungen erwärmt sich das globale Klima unter den vorherrschenden Bedingungen derzeit mit gut 4 Grad bis Ende des Jahrhunderts. Die Folgen einer solchen Entwicklung wären verheerend für die Menschheit – Überschwemmungen, Dürren, Bergstürze, epidemische Ausbreitung von Krankheiten – die Liste der potenziellen Gefahren ist lang. In Paris will sich die internationale Staatengemeinschaft nun endlich über die konkreten Instrumente einigen, mit denen das seit langem angestrebte Ziel, die Erderwärmung auf 2 Grad zu begrenzen, erreicht werden soll. «Ich bin sicher, dass wir dieses Ziel erreichen werden», sagt Botschafter Franz Xavier Perrez, Leiter der Schweizer Verhandlungsdelegation in Paris und Chef der Abteilung Internationales beim Bundesamt für Umwelt (Bafu).

Bedenken der Wirtschaft

So schön die Prognose des Diplomaten in den Ohren der Klimaschützer tönen, so aufwühlend und vielleicht sogar beängstigend kommt sie bei man-

chen Akteuren in der Wirtschaft an. Der Klimawandel und seine möglichen Auswirkungen beschäftigen längst nicht mehr nur die Umweltämter. In Bern befasst sich zum Beispiel auch das Staatssekretariat für internationale Finanzfragen (SIF) mit dem Thema. «Wir stehen in engem Kontakt mit dem Bafu, insoweit es um die Nachhaltigkeit des Finanzsystems, die systemischen Risiken des Klimawandels und die Rahmenbedingungen für nachhaltige Investitionen geht», sagt SIF-Sprecher Mario Tuor. Die Zusammenhänge zwischen Klimawandel und Finanzsystem sind vielleicht nicht gerade offensichtlich, aber dennoch eindeutig, und vor allem sind sie für ein reiches Land wie die Schweiz von grosser Relevanz. Die Rede ist von der «Carbon Bubble», einer Kohlenstoff-Preisblase in den Finanzmärkten, die durch ein konsequentes Vorgehen der Staatengemeinschaft zur Eindämmung der Erderwärmung zum Platzen gebracht werden könnte.

Gestrandete Vermögenswerte

Das Thema geistert schon seit einigen Jahren durch die Finanzwelt, aber richtig anzukommen scheint es erst jetzt, wo langsam klar wird, dass die früheren Interessengegensätze zwischen Industrie- und Schwellenländern überwunden sind und die Weltpolitik bereit ist, griffige Massnahmen gegen die Klimaerwärmung zu ergreifen. Für grosses Aufsehen sorgte vor wenigen Wochen der britische Notenbankchef Mark Carney, als er in einer Rede vor den «enormen potenziellen Verlusten» für Investoren als Folge des Klimawandels warnte. Carney sprach dabei insbesondere die «Carbon Bubble» an. Erdöl- und Kohlebergbaukonzerne könnten der-einst gezwungen sein, ihre bilanzierten Rohstoffreserven gänzlich abzuschreiben, wenn die Massnahmen zur weltweiten Eindämmung des CO₂-Ausstosses den Rückgriff auf diese fossilen Energieträger nicht mehr erlauben sollte. Im Finanzjargon ist von «stranded assets», von gestrandeten Vermögenswerten, die Rede.

Wie ernst die Investoren das Risiko nehmen, lässt sich zum Beispiel im Nachhaltigkeitsbericht des Zuger Roh-

stoffhandelskonzerns Glencore nachlesen. Dort heisst es, manche Anspruchsgruppen seien in Sorge darüber, ob der Konzern unter einem veränderten Weltklimaregime überhaupt noch dazu kommen werde, seine immensen Reserven an Kohle anzuzapfen. Glencore-Chef Ivan Glasenberg stellt die Gefahr in dem Bericht zwar in Abrede und meint, die Realität der globalen Energiepolitik werde nicht zu wirtschaftlichen Massnahmen gegen den CO₂-Ausstoss führen, die Glencore von der Nutzung ihrer Reserven abhalten könnten. Doch die Vermutung liegt auf der Hand, dass die Analyse des grössten Aktionärs des Konzerns auch eine schöne Portion Wunschenken enthält. Der im vergangenen Jahr veröffentlichte fünfte Sachstandsbericht des zwischenstaatlichen Ausschusses über Klimaveränderungen (Intergovernmental Panel on Climate Change) lässt jedenfalls wenig Zweifel darüber aufkommen, dass die Endzeit für Kohle und andere fossile Energieträger bereits angelaufen ist.

Risiken für Pensionskassen

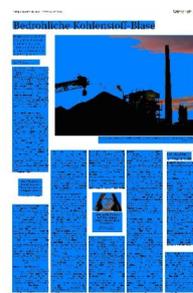
«Die CO₂-Risiken könnten grosse Auswirkungen auf die Bewertung einiger Anlagen haben», sagt Stefan Beiner, Anlagechef bei Publica, der grössten Pensionskasse der Schweiz. Die Vorsorgeinstitution des Bundespersonals evaluiert derzeit mit höchster Priorität Möglichkeiten, das Risiko des «Carbon Bubble» zu begrenzen. Dabei wird auch das Szenario eines Ausstieges aus CO₂-intensiven Anlagen erwogen. Es sei schwierig abzuschätzen, wie viel CO₂-Risiko die Finanzmärkte in die Wertpapierpreise heute schon eingepreist haben, sagt Beiner und legt damit sein Dilemma offen. Sind die derzeit gedruckten Aktienpreise für Erdölfirmen und mit dieser Branche in einem direkten Zusammenhang stehenden Industrien nur ein temporäres oder vielleicht doch ein dauerhaftes Phänomen?

Eine Ende Oktober vom Bafu veröffentlichte Studie über die Kohlenstoffrisiken auf dem Schweizer Finanzplatz stellt indessen unmissverständlich fest: Anleger auf dem Schweizer

Hauptausgabe

Zentralschweiz am Sonntag
6002 Luzern
041/ 429 51 51
www.luzernerzeitung.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 83'769
Erscheinungsweise: wöchentlich



Themen-Nr.: 999.217
Abo-Nr.: 1095889
Seite: 11
Fläche: 104'238 mm²

Umwelt / Klima / Luft

Finanzplatz investieren «in beträchtlichem Ausmass» in CO₂-intensive Unternehmen, und die so finanzierten Emissionen sind mit einem Klimaerwärmungsziel von 2 Grad «nicht kompatibel». Die Risiken dieser Investitionen könnten «sowohl für die einzelnen Investoren als auch für die gesamte Volkswirtschaft zu spürbaren Wertverlusten führen». Noch bleiben die Schätzungen über mögliche Kostenfolgen vage, weil es für CO₂ noch keine verlässlichen Preise gibt. Doch das könnte sich ändern, wenn die von der Weltbank mit Unterstützung von 70 Ländern (inklusive Schweiz) und zahlreichen Führungskräften aus der Wirtschaft in Angriff genommene Carbon Pricing Leadership Coalition zu konkreten Ergebnissen kommt. Aktuell werde das Kohlenstoffrisiko in den Schweizer Pensionskassen, Versicherungen und Banken nicht systematisch analysiert, beantwortete der Bundesrat im Juni eine entsprechende Anfrage der Waadtländer Nationalrätin Adèle Thorens Goumaz (Grüne). Doch die umfangreiche Bafu-Studie zeigt, dass das Umdenken auch hierzulande an Fahrt gewinnt.

Kursänderung bei Anlagepolitik

Publica-Anlagechef Beiner sagt: «Es gehört zu unseren treuhänderischen Aufgaben, die potenziellen finanziellen Risiken wie die CO₂-Risiken zu evaluieren und allfällige Schritte zu deren Begrenzung zu diskutieren.» Payal Parekh und ihre Mitstreiter unternehmen alles, damit diese Diskussionen rasch zu konkreten Entscheidungen führen. 350.org ist Teil der weltweiten «Divestment-Bewegung», die schon vor einigen Jahren die Pensionsfonds grosser US-Universitäten zu einer klimapolitischen Kursänderung ihrer Anlagepolitik bewegen konnte. Auf den Internet-Plattformen der Klimaaktivisten tauchen inzwischen täglich Meldungen aus aller Welt über «Divestment»-Entscheidungen von Städten und öffentlichen Einrichtungen ein. BlackRock, der weltgrösste Vermögensverwalter, schreibt in einem vergangene Woche veröffentlichten Themenpapier: «Selbst wenn Sie der Klimaerwärmung und seinen Folgen

gegenüber skeptisch sind, ist es nur ein Gebot der Vorsicht, dem dahinterstehenden regulatorischen Tempo Rechnung zu tragen.» Die Regierungen werden Massnahmen zur Reduktion des Treibhausgas-effektes ergreifen, und diese werden ein Schlüsselement für die künftigen Anlagerenditen bilden, heisst es in dem Papier. «Die Leute müssen auf die Strasse gehen, um etwas zu bewirken», sagt Parekh. In Paris will sie helfen, die Massen in Bewegung zu bringen – wie damals im September vor einem Jahr, als der internationale Klimamarsch allein in New York eine halbe Million auf die Beine brachte. «Die Schweiz ist in Bezug auf den Mobilisierungsgrad der Bevölkerung schon etwas im Hintertreffen, aber die Leute erkennen hier genauso wie an jedem anderen Ort, was die Klimaveränderung anrichtet.» Der jüngste Hitzesommer und die grosse Gletscherschmelze haben der passionierten Bergsteigerin aus Indien die Klimarisiken der Schweiz deutlich vor Augen geführt.



«Die Leute müssen auf die Strasse gehen, um etwas zu bewirken.»

PAYAL PAREKH,
UMWELTAKTIVISTIN

CO₂-Koalition im Finanzmarkt

INVESTITIONEN dz. Der Trend zu kohlenstoffeffizienteren Investitionen wird auf den Finanzmärkten durch Innovationen gezielt unterstützt, und dabei versprechen sich die Akteure auch ökonomische Vorteile.

100 Milliarden Dollar

Eine im vergangenen Jahr gegründete und von der UNO unterstützte internationale Koalition von institutionellen Investoren hat sich bis Ende Jahr verpflichtet, Anlagegelder im Wert von 100 Milliarden Dollar CO₂-effizient aufzuteilen. Mit dem gleichen Ziel hat der französische Asset Manager Amundi zusammen mit einem schwedischen und französischen Pensionsfonds und dem Indexanbieter MSCI kürzlich die neue Indexfamilie «MSCI Low Carbon» lanciert. In dem Index erhalten CO₂-effiziente Unternehmen, die einen geringen Ausstoss von Treibhausgasen und Bilanzen mit vergleichsweise tiefen Kohlenstoffrisiken aufweisen, eine überproportionale Gewichtung.

Gemäss Amundi führt der Index zu einer Abnahme der CO₂-Intensität eines zugrundeliegenden Portefolles um mindestens 50 Prozent. Dabei soll der Index gemäss Modellrechnungen nur eine geringe Performance-Abweichung zu bestehenden Indices mit vergleichbarem Anlagehorizont aufweisen.



Basler Zeitung / Berufs- & Weiterbildung.
4002 Basel
061/ 639 11 11
www.baz.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 53'498
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 999.217
Abo-Nr.: 1095889
Seite: 29
Fläche: 85'064 mm²

Umwelt / Klima / Luft

Bedrohliche CO₂-Blase im Depot

Pariser Klimagipfel weckt Hoffnungen bei Umweltschützern und Ängste bei Investoren



Grosse Sprengkraft. CO₂-Risiken könnten beispielsweise massiv auf den Wert von Kohlereserven drücken. Foto Keystone
Von Daniel Zulauf, Zürich

Die Bernerin Payal Parekh erlebt viele kleinere und immer wieder auch grössere Siege. Viel zu jubeln gab es am Freitag, als US-Präsident Barack Obama sein Veto gegen den Bau der Erdölpipeline Keystone XL einlegte. Die Pipeline hätte das aus den kanadischen Ölsandfeldern gewonnene Schwarze Gold über 4000 Kilometer von Alberta bis Oklahoma und später sogar bis hinunter zum Golf von Mexiko leiten sollen. Umweltaktivistinnen liefen während Jahren Sturm gegen das Projekt. Umso grösser war Parekhs Freude, dass

Obama sein Veto nun mit den negativen Folgen für das Klima begründet – «ein historischer Moment für den Umwelt- und Klimaschutz», sagt sie.

Klimaschutz ist ein globales und teilweise virtuelles Spielfeld. Mitten drin steht auch Parekh, obschon die Gravitationszentren des internationalen Umweltaktivismus fernab von der Schweiz liegen. Die gelernte Meereskundlerin mit einem Dokortitel des renommierten Massachusetts Institute of Technology lenkt ehrenamtlich die internationalen Aktivitäten der ameri-

kanischen Nichtregierungsorganisation (NGO) 350.org. Der Name ist gleichbedeutend mit ihrem Programm: Von einer Million Moleküle in der Atmosphäre sollten den aktuellen Erkenntnissen der Wissenschaft zufolge nicht mehr als 350 aus Kohlenstoffdioxiden bestehen, sonst droht das Klima längerfristig ausser Kontrolle zu geraten. Diesbezüglich ist die Welt schon vor geraumer Zeit aus dem Gleichgewicht geraten. Inzwischen gibt es kaum ein Land und kaum eine Regierung mehr, welche



Basler Zeitung / Berufs- & Weiterbildung.
4002 Basel
061/ 639 11 11
www.baz.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 53'498
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 999.217
Abo-Nr.: 1095889
Seite: 29
Fläche: 85'064 mm²

Umwelt / Klima / Luft

die weltweite Klimaerwärmung nicht als Problem anerkennen würde.

Die Risiken des Klimawandels

An der grossen UNO-Klimakonferenz von Anfang Dezember in Paris soll erstmals ein für alle Länder geltendes Regime gegen die Klimaerwärmung beschlossen werden. Nach aktuellen Hochrechnungen erwärmt sich das globale Klima unter den vorherrschenden Bedingungen derzeit mit gut vier Prozent bis Ende des Jahrhunderts. Die Folgen wären verheerend: Überschwemmungen, Dürren, Bergstürze, Epidemien – die Liste der potenziellen Gefahren ist lang. In Paris will sich die internationale Staatengemeinschaft endlich über die konkreten Instrumente einig werden, mit denen das seit Langem angestrebte Ziel, die Erderwärmung auf zwei Prozent zu begrenzen, erreicht werden soll. «Ich bin sicher, dass wir dieses Ziel erreichen werden», sagt Botschafter Franz Xaver Perrez, Leiter der Schweizer Verhandlungsdelegation in Paris und Chef der Abteilung Internationales beim Bundesamt für Umwelt (Bafu).

So schön die Prognose des Diplomaten in den Ohren der Klimaschützer tönt, so aufwühlend und vielleicht beängstigend kommt sie bei manchen Wirtschaftsakteuren an. Der Klimawandel und dessen mögliche Auswirkungen beschäftigen längst nicht mehr nur die Umweltämter. In Bern ist zum Beispiel auch das Staatssekretariat für internationale Finanzfragen (Sif) mit dem Thema befasst. «Wir stehen in engem Kontakt mit dem Bafu, insoweit es um die Nachhaltigkeit des Finanzsystems, die systemischen Risiken des Klimawandels und die Rahmenbedingungen für nachhaltige Investitionen geht», erklärt Sif-Sprecher Mario Tuor.

Die Zusammenhänge zwischen Klimawandel und Finanzsystem sind vielleicht nicht offensichtlich, aber sie sind dennoch eindeutig und vor allem sind sie für ein reiches Land wie die Schweiz von grosser Relevanz. Die Rede ist von der «Carbon Bubble», einer Kohlenstoff-Preisblase in den Finanzmärkten, die

durch ein konsequentes Vorgehen der Staatengemeinschaft zur Eindämmung der Erderwärmung zum Platzen gebracht werden könnte.

Der Warnruf von Mark Carney

Das Thema geistert schon seit Jahren durch die Finanzwelt, aber anzukommen scheint es erst jetzt, wo langsam klar wird, dass die früheren Interessengegensätze zwischen Industrie- und Schwellenländern überwunden sind und die Weltpolitik bereit ist für griffige Massnahmen gegen die Klimaerwärmung. Für grosses Aufsehen sorgte vor wenigen Wochen der britische Notenbankchef Mark Carney, als er in einer Rede vor den «enormen potenziellen Verlusten» für Investoren als Folge des Klimawandels warnte. Carney sprach insbesondere die «Carbon Bubble» an.

Erdöl- und Kohlebergbaukonzerne könnten dereinst gezwungen sein, ihre bilanzierten Rohstoffreserven gänzlich abzuschreiben, wenn die Massnahmen zur weltweiten Eindämmung des CO₂-Ausstosses den Rückgriff auf diese fossilen Energieträger nicht mehr erlauben sollten. Im Finanzjargon ist von «stranded assets» die Rede, das heisst von gestrandeten Vermögenswerten.

Wie ernst die Investoren das Risiko nehmen, lässt sich zum Beispiel im Nachhaltigkeitsbericht des Zuger Rohstoffhandelskonzerns Glencore nachlesen. Dort heisst es, manche Anspruchsgruppen seien in Sorge darüber, ob der Konzern unter einem veränderten Weltklimaregime überhaupt dazu kommen würde, seine immensen Reserven an Kohle anzuzapfen. Glencore-Chef Ivan Glasenberg stellt diese Gefahr zwar in Abrede und meint, die Realität der globalen Energiepolitik werde nicht zu wirtschaftlichen Massnahmen gegen den CO₂-Ausstoss führen, die Glencore von der Nutzung ihrer Reserven abhalten könnten. Doch die Vermutung liegt auf der Hand, dass die Analyse des grössten Aktionärs des Konzerns auch eine schöne Portion Wunschenken enthält. Der im vergangenen Jahr veröf-

fentlichte fünfte Zwischenbericht des zwischenstaatlichen Ausschusses über Klimaveränderungen (Intergovernmental Panel on Climate Change) lässt wenig Zweifel darüber aufkommen, dass die Endzeit für Kohle und andere fossile Energieträger angelaufen ist.

«Die CO₂-Risiken könnten grosse Auswirkungen auf die Bewertung einiger Anlagen haben», sagt Stefan Beiner, Anlagechef bei Publica, der grössten Pensionskasse der Schweiz. Die Vorsorgeinstitution des Bundespersonals evaluiert derzeit mit höchster Priorität Möglichkeiten, das Risiko des Carbon Bubble zu begrenzen. Dabei wird auch das Szenario eines Ausstieges aus CO₂-intensiven Anlagen erwogen. Es sei schwierig abzuschätzen, wie viel CO₂-Risiko die Finanzmärkte in die Wertpapierpreise heute schon eingepreist haben, sagt Beiner und legt sein Dilemma offen. Sind die derzeit gedrückten Aktienpreise für Erdölfirmer und mit dieser Branche in einem direkten Zusammenhang stehenden Industrien nur ein temporäres oder vielleicht doch ein dauerhaftes Phänomen?

Eine Ende Oktober vom Bafu veröffentlichte Studie über die Kohlenstoffrisiken auf dem Schweizer Finanzplatz stellt indessen unmissverständlich fest: Hiesige Anleger investieren «in beträchtlichem Ausmass» in CO₂-intensive Unternehmen und die so finanzierten Emissionen sind mit einem Klimaerwärmungsziel von zwei Grad «nicht kompatibel». Die Risiken dieser Investitionen könnten «sowohl für die einzelnen Investoren als auch für die gesamte Volkswirtschaft zu spürbaren Wertverlusten führen». Noch bleiben die Schätzungen über mögliche Kostenfolgen vage, weil es für CO₂ noch keine verlässlichen Preise gibt. Doch das könnte sich ändern, wenn die von der Weltbank mit Unterstützung von 70 Ländern (inklusive Schweiz) und zahlreichen Führungskräften aus der Wirtschaft in Angriff genommene «Carbon Pricing Leadership Coalition» zu konkreten Ergebnissen kommt. Aktuell werde das Kohlestoffrisiko in den Schweizer Pensionskassen, Versicherungen und Banken



Basler Zeitung / Berufs- & Weiterbildung.
4002 Basel
061/ 639 11 11
www.baz.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 53'498
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 999.217
Abo-Nr.: 1095889
Seite: 29
Fläche: 85'064 mm²

Umwelt / Klima / Luft

nicht systematisch analysiert, beantwortete der Bundesrat im Juni eine entsprechende Anfrage der Waadtländer Nationalrätin Adèle Thorens Goumaz (Grüne). Doch die umfangreiche Bafu-Studie zeigt, dass das Umdenken auch hierzulande an Fahrt gewinnt.

«Ein Gebot der Vorsicht»

Publica-Anlagechef Beiner sagt: «Es gehört zu unseren treuhänderischen Aufgaben, die potenziellen finanziellen Risiken wie die CO₂-Risiken zu evaluieren und allfällige Schritte zu deren Begrenzung zu diskutieren.» Payal Parekh und ihre Mitstreiter unternehmen alles, damit diese Diskussionen rasch zu konkreten Entscheidungen führen. 350.org ist Teil der weltweiten «Divestment-Bewegung», die schon vor einigen Jahren die Pensionsfonds gros-

ser US-Universitäten zu einer klimapolitischen Kursänderung ihrer Anlagepolitik bewegen konnte.

Auf den Internetplattformen der Klimaaktivisten tauchen inzwischen täglich Meldungen aus aller Welt über «Divestment»-Entscheidungen von Städten und öffentlichen Einrichtungen ein. BlackRock, der weltgrösste Vermögensverwalter, schreibt in einem vergangene Woche veröffentlichten Themenpapier: «Selbst wenn Sie der Klimaerwärmung und ihren Folgen gegenüber skeptisch sind, ist es nur ein Gebot der Vorsicht, dem dahinterstehenden regulatorischen Tempo Rechnung zu tragen.» Die Regierungen würden Massnahmen zur Reduktion des Treibhausgas effektes ergreifen und diese würden ein Schlüsselement für

künftige Anlagerenditen bilden.

«Die Leute müssen auf die Strasse gehen, um etwas zu bewirken», sagt Parekh. In Paris will sie helfen, die Massen in Bewegung zu bringen, wie im September vor einem Jahr, als der internationale Klimamarsch allein in New York eine halbe Million Menschen mobilisierte. «Die Schweiz ist in Bezug auf den Mobilisierungsgrad der Bevölkerung schon etwas im Hintertreffen, aber die Leute erkennen hier genauso wie an jedem anderen Ort, was die Klimaveränderung anrichtet», sagt Parekh. Der jüngste Hitzesommer und die grosse Gletscherschmelze haben der passionierten Bergsteigerin aus Indien die Klimarisiken in der Schweiz deutlich vor Augen geführt.

Die CO₂-Koalition im Finanzmarkt

Der Trend zu kohlenstoffeffizienteren Investitionen wird auf den Finanzmärkten durch Innovationen gezielt unterstützt. Dabei versprechen sich die Akteure auch ökonomische Vorteile. Eine im vergangenen Jahr gegründete und von der UNO unterstützte internationale Koalition von institutionellen Investoren hat sich bis Ende Jahr verpflichtet, Anlagegelder im Wert von 100 Milliarden Dollar CO₂-effizient aufzuteilen. Mit dem gleichen Ziel hat der französische Asset-Manager Amundi zusammen mit einem schwedischen und einem französischen Pensionsfonds und dem Index-

anbieter MSCI kürzlich die neue Indexfamilie «MSCI Low Carbon» lanciert.

In dem Index werden CO₂-effiziente Unternehmen, die einen geringen Ausstoss von Treibhausgasen und Bilanzen mit vergleichsweise tiefen Kohlenstoffrisiken aufweisen, überproportional gewichtet. Gemäss Amundi führt der Index zu einer Abnahme der CO₂-Intensität eines zugrundeliegenden Portefeuilles um mindestens 50 Prozent. Der Index soll gemäss Modellrechnungen nur eine geringe Performance-Abweichung zu bestehenden Indizes mit vergleichbarem Anlagehorizont aufweisen. dz